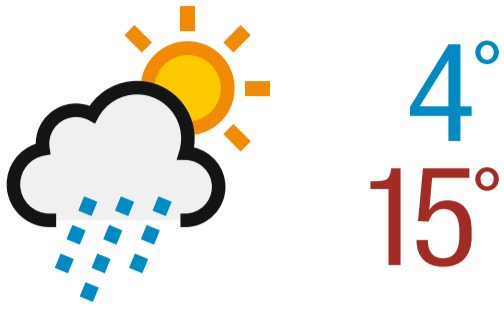
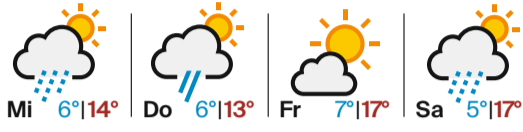


Wetter



Heute Vormittag lacht die Sonne vom Himmel, am Nachmittag nimmt die Bewölkung aber zu.



Alles Weitere zum Wetter lesen Sie auf **Seite 28**.

Top News

Polizei nimmt Erdogan-Kritiker fest

Türkei Festnahmen, Gummigeschosse und Tränengas zum 1. Mai in Istanbul: Die türkische Polizei nahm mehr als 200 Demonstranten fest, nachdem diese Banner mit Parolen gegen die Regierung entrollt hatten. Ein Mensch kam bei einem Unfall beim Manöver eines Wasserwerfers ums Leben. (sda)

Streit um Kühe endet für Muslime tödlich

Indien Zwei muslimische Männer sind im nordindischen Bundesstaat Assam von einer Gruppe selbsternannter Kuhschützer getötet worden. Die Angreifer attackierten die Muslime, weil diese angeblich Kühe stehlen wollten, um sie zu schlachten. Dies teilte gestern die Polizei mit. (sda)

Französische Armee tötet Islamisten

Mali Die französische Armee hat am Wochenende bei einem grossangelegten Einsatz in Mali mehrere Islamisten getötet oder festgenommen. Zudem wurden zahlreiche Waffen entdeckt. Dies teilte der Führungsstab der Streitkräfte mit. (sda)

Israel gedenkt seiner Terroropfer

Israel Israel hat gestern seiner getöteten Soldaten und Terroropfer gedacht. Zwei Minuten lang heulten landesweit die Sirenen, und Menschen verharrten in stillem Gedenken. Regierungschef Benjamin Netanjahu würdigte den Staat Israel als einen «echten Trost». (sda)

Gesagt

«Viele waren der irrigen Meinung, dass sie für den schnellen Atomausstieg gar nicht unbedingt die Grünen wählen müssen.»



Der ehemalige Präsident der Grünen Schweiz, **Ueli Leuenberger**, führt das zwischenzeitliche Tief der Grünen auf den Anti-AKW-Konsens nach Fukushima zurück. Nun darf er sich freuen: Bei kantonalen Wahlen reihen die Grünen einen Erfolg an den andern. 5

Kopf des Tages

Ein Bulldozer in Riad

Saudi-Arabien Als politisch unerfahren und arrogant wird er bezeichnet. Trotzdem konnte Vizekronprinz Mohammed bin Salman seine Macht in Saudi-Arabien weiter ausbauen.

Vor genau 17 Monaten hatte der deutsche Auslandsgeheimdienst vor der «destabilisierenden Rolle des wahabitischen Königreiches in der arabischen Welt» gewarnt. Die bisherige «vorsichtige Haltung der älteren Führungsmitglieder der Königsfamilie» werde durch eine «impulsive Interventionspolitik» ersetzt, hiess es in einer internen Analyse des BND.

Vor allem die Rolle des neuen Verteidigungsministers und Sohns von König Salman, Mohammed bin Salman, sah der Nachrichtendienst kritisch. Die Machtkonzentration auf den erst 31 Jahre alten Vizekronprinzen «birgt latent die Gefahr, dass er bei dem Versuch, sich zu Lebzeiten seines Vaters in der Thronfolge zu etablieren, überreizt». Die im saudischen Königshaus als «Majestätsbeleidigung» empfundene Analyse hatte für massive Verstimmung zwischen Berlin und Riad gesorgt.

Die Bundesregierung distanzierte sich mit entschiedenen Worten vom BND, der allerdings bei seiner Einschätzung geblieben ist. Und dies aus gutem Grund: Mit Unterstützung internationaler PR-Agenturen konnte das schlechte Image des als «arrogant und rücksichtslos» beschriebenen Königssohns zwar etwas aufgepoliert werden. Die «Machtkonzentration» auf den politisch unerfahrenen Mohammed bin Salman, der den Spitznamen

«Mbs» erhalten hat und wegen seiner Leibesfülle auch als «Bulldozer» bezeichnet wird, ist inzwischen aber gewaltiger denn je. Seit Mitte April dieses Jahres amtiert der saudische Vizekronprinz nicht nur als Verteidigungsminister und Chef des Hofes, der den Zugang zu König Salman kontrolliert. Der rastlose «Mbs» wurde von seinem gesundheitlich angeschlagenen Vater auch zum Leiter eines neu geschaffenen «nationalen Sicherheitszentrums» ernannt.

Dessen Aufgaben wurden bislang zwar nicht genau abgesteckt. Westliche Diplomaten in der saudischen Hauptstadt gehen aber davon aus, dass das neue «Sicherheitszentrum» eine grössere Machtfülle haben wird als der bereits bestehende «Sicherheitsrat». Dieser wird von dem amtierenden Innenminister und (ersten)

Kronprinzen Mohammed bin Naif geleitet. Im Seilziehen um die Macht im saudischen Königshaus sei der 58 Jahre alte Antiterrorismusexperte auf die Verliererseite geraten, zitiert die

französische Nachrichtenagentur APF einen westlichen Diplomaten in Riad. Ein weiterer Grund für die wohl bevorstehende Kaltstellung des Innenministers und Kronprinzen sei die «Stärkung des Salman-Zweiges in der (herrschenden) Al-Saud-Familie».

Ein zusätzliches Indiz für diese These könnte auch die Ernennung von Prinz Abdulaziz bin Salman zum Botschafter seines Landes in den USA sein. Der zum F-16-Piloten ausgebildete Königssohn ist wie sein Bruder Mohammed ein politischer Amateur. Erst im nächsten Jahr wird er 30. Palastinsider glauben, dass das Brüderpaar noch nicht reif für die von ihnen bekleideten Schlüsselstellungen sei. Bei seinem Besuch bei US-Präsident Donald Trump Anfang April soll Mohammed bin Salman allerdings einen «guten Eindruck» hinterlassen haben, behaupten die saudischen Staatsmedien.



Vizekronprinz Mohammed bin Salman (31).
Bild: Bandar Algaloud/
Saudi Kingdom Council
(19. April 2017)

Michael Wrase,
Limassol

Wie weiter in der Energiepolitik?



Abstimmung Am 21. Mai kommt die Energiestrategie vors Volk. Befürworter sehen Chancen für die inländische Stromproduktion, Gegner scheuen die Kosten.

Pro

Heute hängt die Schweizer Energieversorgung zu 75 Prozent vom Ausland ab und erfolgt zu zwei Dritteln aus fossilen Brennstoffen. Jährlich gehen 10 Milliarden Franken für Öl, Gas und Uran in den arabischen Raum und nach Russland. Das ist klimapolitisch schlecht und volkswirtschaftlich unsinnig. Mit der Energiestrategie werden schrittweise Teile der importierten Energie eingespart, und es wird auf einheimische Energieproduktion gesetzt – Wasser, Sonne, Geothermie, Biomasse und Wind. Damit findet die Wertschöpfung im Inland statt. Das Geld bleibt hier.

Die Energiestrategie unterstützt die Bevölkerung und die Wirtschaft in ihren Bestrebungen, weniger Energie zu verbrauchen. Das neue Energiegesetz baut nicht auf dogmatischen Verboten auf, sondern auf Energieeffizienz, einer zeitlich befristeten und marktnahen Förderung von erneuerbaren Energien und auf der steuerlichen Begünstigung energetischer Sanierungen des

bestehenden Gebäudeparks. Das macht Sinn, wenn man bedenkt, dass ein saniertes Gebäude rund 90 Prozent der zugeführten Energie einspart und dass über 75 Prozent der 1,7 Millionen Gebäude in der Schweiz aus dem letzten Jahrtausend stammen und mehrheitlich in privatem Besitz sind.

Ich bin überzeugt: Die Energiezukunft findet an der Front statt. Nicht dank Verboten und Konsumeinschränkungen wird sich das Ziel der Energieeffizienz erreichen lassen, sondern mit Innovation und technischem Fortschritt. Wer diese Chance noch nicht sieht, dem empfehle ich ein Kalduschen. Nicht wegen des Energiesparens, sondern zum Öffnen der Augen.



Peter Schilliger
Nationalrat (FDP, Luzern)

Kontra

Das neue Energiegesetz wird insbesondere für den Mittelstand und unser Gewerbe Kosten in Milliardenhöhe auslösen. Die illusorischen Ziele der Energiestrategie werden nur mit sehr teuren Subventionen sowie vielen Regulierungen und Verboten erzwungen werden können.

Diese Planwirtschaft, die staatlichen Zuschüsse und die Verordnungswut werden unsere KMU und die Privathaushalte am stärksten treffen. Aber auch hier ist selbst aus der Strombranche und den Energiewissenschaften zu vernehmen, dass man die überambitionierten Ziele und Annahmen nie erreichen wird. Denn das Energiegesetz will den Energieverbrauch bis 2035 fast halbieren.

Das bedeutet, dass wir in weniger als 20 Jahren nur noch so viel Energie verbrauchen dürfen wie 1966. Weil dies nicht möglich ist, resultieren weitere Abhängigkeiten vom Ausland. Dabei muss man

erwähnen, dass im Ausland vor allem Atom- und Kohlestrom zur Verfügung steht. Zudem ist nicht sicher, ob uns das Ausland genug Strom liefern kann, um unseren Bedarf zu decken, was sich ebenfalls in markant höheren Strompreisen niederschlagen könnte.

Das erklärt auch, wieso grosse Teile der Wirtschaft bei diesem Experiment nicht mitmachen wollen. Denn die Energiestrategie gefährdet die Versorgungssicherheit unseres Landes und löst einen Teufelskreis an Subventionen, Zwangsabgaben und Staatsinterventionen aus. Und wer glaubt, dass diese Subventionen jemals auslaufen werden, glaubt vielleicht noch an den Storch.



Felix Müri
Nationalrat (SVP, Luzern)